

Anmerkung der Geschäftsführung der AÖL: Leider hat uns DIE LINKE ihre Antworten auf unsere Wahlprüfsteine nicht direkt übermittelt. Die Antworten finden sich frei zugänglich im Internet unter dem link <http://tinyurl.com/5ttt7k3>.

Leider wurde unser Fragenkatalog nur bis zu Frage 2.2. beantwortet. Die sich anschliessenden Fragen zur MEKA-Förderung, dem aktuellen Dioxin-Skandal, sowie der Umsetzung von EU-Recht auf Länderebene blieben somit unbeantwortet.



Antworten auf die Wahlprüfsteine der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau Baden-Württemberg

28. Februar 2011



1. Zur generellen agrarpolitischen Ausrichtung

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg wird heute wie in Zukunft maßgeblich durch die Gemeinsame Agrarpolitik der EU bestimmt. Hier stehen im Zuge der Neuausrichtung nach 2013 wichtige Weichenstellungen bevor. Auch zukünftig wird es erhebliche Spielräume für die nationale und regionale Umsetzung geben.

Die Einflussnahme auf die schlussendliche Beschlussfassung in Brüssel, aber auch die Umsetzung der GAP hier in Baden-Württemberg, wird in den kommenden Monaten und Jahren eine wichtige Rolle spielen. Dies gilt insbesondere für die generelle Positionierung gegenüber der von den Verbrauchern gewünschten Honorierung von Umweltleistungen und im Speziellen für die Honorierung des Ökologischen Landbaus.

Im lancierten Papier der EU-Kommission „The CAP towards 2020“ wird vom Ökolandbau als wichtigem Baustein einer ausgewogenen zukünftigen Agrarpolitik gesprochen. Die MEPL-Halbzeitbewertung in Schleswig-Holstein hat jüngst deutlich gemacht, dass der Ökolandbau eine effiziente Form für die Erreichung von gewünschten Umweltzielen bei der Umweltgütererzeugung darstellt.

1.1. Sollte die ökologische Ausrichtung der Landbewirtschaftung, im Speziellen die Position des Ökologischen Landbaus, für die Zeit nach 2013 gestärkt werden? Wenn ja, welche

Maßnahmen ergreifen Sie, um die Implementierung ökologischer Elemente in die zukünftige Agrarpolitik auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene gegenüber dem konventionellen Landbau zu verteidigen und zu stärken?

Aus Sicht der LINKEN muss in der Agrarpolitik nach 2013 eine ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft insgesamt gestärkt werden. Die LINKE hat ein eigenes Konzept für die Weiterentwicklung der Agrarpolitik vorgelegt, in dem die Position des Ökolandbaus in der 1. und 2. Säule der EU-Agrarpolitik verbessert wird. Der ökologische Landbau erfüllt aus unserer Sicht im Prinzip alle wesentlichen Elemente einer nachhaltigen Landwirtschaft, solange auch der Anspruch einer fairen Entlohnung geleisteter Arbeit (Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns für lohnabhängig Beschäftigte) erfüllt wird. Für die europäische Ebene schlägt die LINKE vor, die Gewährung von Direktzahlungen der 1. Säule an die Erbringung zusätzlicher ökologischer Leistungen zu koppeln. Dabei müssen nach unseren Vorstellungen 10 % der Betriebsflächen als „ökologische Vorrangflächen“ dienen. Diese Regelung gilt nicht, wenn der Betrieb insgesamt ökologisch nach den EU-Kriterien für den Ökolandbau bewirtschaftet wird. Dann ist er per se förderfähig, wenn er auch die 2. Bedingung erfüllt, nämlich die Gewährung des gesetzlichen Mindestlohns. Als weiteres Kriterium für die Gewährung von Direktzahlungen gelten der Verzicht auf den Einsatz gentechnisch veränderter Sorten im Pflanzenbau und der Verzicht auf Futtermittel, die Bestandteil gentechnisch veränderter Pflanzen beinhalten. Diese Regelungen sind für Ökobetriebe ohnehin schon selbstverständlich.

National muss im Rahmen der Umsetzung der 2. Säule der EU-Agrarpolitik im so genannten „nationalen Rahmenprogramm“ die Förderung der Umstellung auf bzw. des Beibehaltens der ökologischen Landwirtschaft verankert bleiben. Dazu setzt sich die LINKE dafür ein, das Bundesprogramm Ökolandbau mit der hier implementierten Forschungs- und Marketingförderung beizubehalten und zu stärken. Regional, d.h. auf der Ebene des Bundeslandes Baden-Württemberg muss die Förderung des Ökolandbaus in Umstellung, Betrieb und Vermarktung erhalten bleiben.

1.2. Die Rolle von privatrechtlichen Standards der Öko-Verbände wurde in der Vergangenheit von der Kommission zwischenzeitlich als Handelshindernis betrachtet. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Das Argument der Kommission ist vorgeschoben. Inzwischen ist der Anteil an Importwaren, die die hier entwickelten Standards einhalten, kräftig gestiegen. Zunehmend richten sich die Produzenten in den Ländern die nach Deutschland und Europa exportieren, nach den hier entwickelten Standards. Das Argument des Handelshindernisses trifft schlicht und ergreifend nicht zu. Im Gegenteil: die positive Wirkung hoher in Europa gesetzter Standards auf die landwirtschaftliche Erzeugung in Drittstaaten spricht für sich.

1.3. Inwieweit werden Sie die weiterhin wichtige Funktion der Anbauverbände in der Fortentwicklung des Ökomarktes unterstützen bzw. die bereits heute erbrachten Leistungen entsprechend honorieren?

In der fachlichen Betreuung der ökologisch wirtschaftenden Betriebe und in der Entwicklung der Standards in der ökologischen Erzeugung sind die Anbauverbände unverzichtbar.

In der politischen und gesetzlichen Verankerung der Erzeugungsrichtlinien haben die Anbauverbände in der Vergangenheit auf allen politischen Ebenen wertvolle Arbeit geleistet und zur stabilen Wachstumsentwicklung der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland, Europa und sogar weltweit beigetragen. In der Politik kann auf dieses Leistungspotential der Verbände nicht verzichtet werden. Das heißt, auch in Zukunft müssen aus Sicht der LINKEN die Verbände als enorm wichtiger Akteur in die Entscheidungen einbezogen werden und soweit möglich, demokratische Verbandsstrukturen gestärkt werden.

1.4. Wie werden Sie bzw. Ihre Partei die Mitsprache der im Lande tätigen Öko-Anbauverbände an der Ausformulierung der zukünftigen Agrarpolitik sicher stellen?

Sofern die LINKE an der Landesregierung beteiligt sein wird, werden wir darauf bestehen, die Öko-Anbauverbände vor der Formulierung von allen agrarpolitisch relevanten Gesetzen zu hören, damit ihre Argumente mit berücksichtigt werden können. Andernfalls werden wir aus einer Oppositionsrolle heraus kritisch das Agieren der Landesregierung und der mit ihr verflochtenen Fraktionen im Landtag begleiten. An dieser Stelle sind wir an die im Landtag gegebenen Möglichkeiten gebunden, die Regierung und die Fraktionen in ihrem Handeln zu kontrollieren. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen und ein Mitspracherecht der Anbauverbände einfordern.

2. Die Zukunft des Ökolandbaus in Baden-Württemberg

Die Nachfrage nach Erzeugnissen aus ökologischem Anbau wächst seit Jahren beständig. Für das Jahr 2010 verzeichnete alleine der Naturkostsektor Zuwachsraten von über 11%. Verbraucher wünschen entsprechend repräsentativer Befragungen heimische Öko-Erzeugnisse – und nicht die fragwürdige Biozwiebel aus China. Der momentane Dioxin-Skandal zeigt deutlich, welche Vorteile die rigiden Regelungen und die hohe Kontrolldichte im Ökolandbau haben. Als Anbauverbände des Ökologischen Landbaus kommen wir mit diesen Vorgaben dem generellen Bedürfnis weiter Teile der Gesellschaft nach sicherer und gesunder Lebensmittelerzeugung nach. Eine weitere Industrialisierung der Landwirtschaft kann auch von der Politik nicht gewollt sein. Auch die Leistungen für Umwelt und Gesellschaft durch die ökologische Wirtschaftsweise sind allgemein anerkannt. Jedoch fällt Baden-Württemberg seit einigen Jahren im bundesweiten Vergleich immer weiter zurück: Der relative Anteil der baden-württembergischen Ökofläche an der deutschen Anbaufläche nimmt sukzessive ab.

Als tiefer Einschnitt und in diesem Zusammenhang unverständlich erfolgte im Herbst 2010 der komplette MEKA-Förderstopp für Öko-Neueinsteiger. Nach massivem Einschreiten der Branchenvertreter konnte dies für ein kurzes Zeitfenster rückgängig gemacht werden – der Förderstopp gilt nun faktisch ab dem 2. Januar 2011. Mit diesem Schritt verhindert die bisherige Landesregierung de facto den Einstieg in den Ökolandbau bis zum Ende der laufenden MEKA-Förderperiode. Dies konterkariert massiv die Arbeit der (teilweise mit finanzieller Unterstützung des MLRs) im Lande tätigen Öko-Anbauverbände und deren Beratungsangeboten.

2.1. Die Nachfrage nach Öko-Produkten konnte in den letzten Jahren durch heimische Ware nicht gedeckt werden. Sehen Sie hierin eine Chance für die Landwirtschaft in BW? Wenn ja, was wollen Sie hier unterstützend unternehmen? Welche Rolle sehen Sie generell für den Ökologischen Landbau in Baden-Württemberg?

Die Landwirtschaft in Baden-Württemberg kann nur dadurch gewinnen, dass sie sich an den Verbraucherwünschen orientiert. Überall in Deutschland ist dabei neben dem Verkaufsargument der ökologischen Erzeugung zunehmend die Regionalität von Bedeutung. Gerade in Baden-Württemberg bedeutet das eine enorme Chance, die politisch durch eine verlässliche Förderpolitik wahrgenommen werden muss. Deswegen darf es in zukünftigen MEKA-Förderperioden kein Hin und Her mehr geben in der Förderung für Neueinsteiger. Zudem müssen die Fördermittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben (GAK) lediglich vom Landeshaushalt kofinanziert werden. Die LINKE setzt sich auf europäischer und auf Bundesebene dafür ein, dass die Kofinanzierungssätze in Abhängigkeit vom ökologischen und sozialen Nutzen differenziert werden können. Das würde bedeuten, dass ökologisch vorteilhafte Förderprogramme wie die Betriebsumstellung zum Ökolandbau mit einem geringeren Kofinanzierungssatz verbunden wären. Der Landesanteil für die Umstellung würde damit geringer ausfallen. Zur Rolle des Ökolandbaus in Baden-Württemberg: Der Ökologische Landbau sollte aus unserer Sicht zu einer wichtigen Wachstumsbranche in den ländlichen Gebieten werden!

2.2. Ausgehend von der jetzigen Situation (MEKA-Förderstopp für Neuumsteller ab 2. Januar 2011) würden in den kommenden Jahren keine Betriebe auf ökologische Bewirtschaftung umsteigen. Bitte legen Sie dar, wie sich Ihre Partei die weitere Unterstützung und Entwicklung des hiesigen Ökolandbaus bei bekannter Weise steigender Verbrauchernachfrage nach explizit heimischen Erzeugnissen vorstellt.

Die Neu-Umstellung muss zu einem langfristig verankerten Programm im MEKA werden. In den Verhandlungen zum nationalen Rahmenprogramm der ELER-Förderung auf Bundesebene sollte sich die Landesregierung für ein Beibehalten der Umstellungsförderung mit möglichst geringerem Kofinanzierungssatz aus dem Landeshaushalt einsetzen. Das gilt ebenso für die Gestaltung der Förderprogramme in den Bereichen Marktstruktur, Verarbeitung und Vermarktung von Ökoprodukten. Regionale Erzeugung und regionale Vermarktung wird zu einem wichtigen Element der Entwicklung ländlicher Räume. Viele Regionen in Deutschland und Europa haben das bereits gemerkt, Baden- Württemberg darf hier nicht zurückfallen. Die Möglichkeiten, die sich auch durch die Weiterentwicklung des EU- Rechtes ergeben, wie z.B. durch die Verordnung zu „geschütztem geografischem Ursprung“ müssen aktiv durch die Landes-Agrarpolitik genutzt werden.